

Niederschrift

über die 5. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 29.04.2021
(11. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Bürgeranregung nach § 24 Gemeindeordnung NRW: Zufahrt zu ehemaligem Pfarrheim in Strümp Vorlage: FB5/1316/2021	4
3 Bürgeranregung nach § 24 Gemeindeordnung NRW: Herstellung eines verkehrsberuhigten Bereichs in Karl-Rüsing-Straße in Meerbusch-Osterath Vorlage: FB5/1317/2021	5
4 Verpflegungsbeiträge in den städtischen Kindertageseinrichtungen während eines eingeschränkten Pandemiebetriebes bzw. eingeschränkten Regelbetriebes Vorlage: FB2/1325/2021	5
5 1. Bericht zur Finanzsituation 2021 zum 31.03.2021 Vorlage: SFI/0453/2021	6
6 Sofortprogramm zur Stärkung unserer Innenstädte und Zentren - Antragstellung durch die Stadt Meerbusch Vorlage: BM/0463/2021	6
7 Anträge	7
8 Anfragen	7
9 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	7
10 Termin der nächsten Sitzung: 24. Juni 2021	8
11 Verschiedenes	8

Sitzungsort: Städt. Realschule Osterath, Görresstr. 6, 40670 Meerbusch, Aula

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Christian Bommers Bürgermeister

von der CDU-Fraktion

Herr Werner Damblon Ratsmitglied

Herr Hans Jürgen Denecke Ratsmitglied

Herr Fabian Hasebrink Ratsmitglied

Herr Heinz Berend Jansen Ratsmitglied Vertretung für Frau Petra Schoppe

Herr Jonas Kräling Ratsmitglied

Herr Hans Werner Schoenauer Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Frau Nicole Niederdelmann-Siemes Ratsmitglied

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

Herr Ralph Jörgens Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Guido Fliege Ratsmitglied

Frau Barbara Neukirchen Ratsmitglied

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied

Frau Dr. Karen Schomberg Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Frau Daniela Glasmacher Ratsmitglied

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Marc Becker Ratsmitglied

von der Verwaltung

Herr Michael Gorgs Pressereferat

Frau Franziska Held

Herr Dr. Marc Saturra Leiter Büro des Bürgermeisters
und Justizariat

Herr Patrick Wirtz Referent des Bürgermeisters

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Michael Assenmacher Techn. Beigeordneter

Herr Christian Volmerich Stadtkämmerer

es fehlen:

von der CDU-Fraktion
Frau Petra Schoppe

Ratsmitglied

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Bürgermeister Bommers die Anwesenden. Anlässlich des Todes von Ratsfrau und Ausschussmitglied Renate Kox erhebt sich der Ausschuss zu einer Gedenkminute.

Der durch den Tod von Renate Kox vakante Sitz im Ausschuss wird durch Ratsherrn Fabian Hasebrink eingenommen.

Bürgermeister Bommers weist darauf hin, dass unter TOP 6 eine Informationsvorlage der Verwaltung als Tischvorlage nachgereicht wurde, die über die verwaltungsseitig gestellten Förderanträge zum Sofortprogramm „Innenstadt“ des Landes Nordrhein-Westfalen berichtet.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung bestehen nicht.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

2 Bürgeranregung nach § 24 Gemeindeordnung NRW: Zufahrt zu ehemaligem Pfarrheim in Strümp Vorlage: FB5/1316/2021

Beschluss:

Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss verweist den Antrag gemäß § 24 GO NRW vom 26.2.2021 zur Änderung der Zufahrt zum ehemaligen Pfarrheim in Strümp an den zuständigen Ausschuss für Klima, Umwelt und Bau.

Ausschuss für Klima, Umwelt und Bau:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Bau beschließt, den Antrag gemäß § 24 GO NRW vom 26.2.2021 zur Änderung der Zufahrt zum ehemaligen Pfarrheim in Strümp abzulehnen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Der Petent trägt zu den Intentionen und Zielen der Anregung vor. Die Paul-Jülke-Straße sei bereits stark belastet, durch die beabsichtigte zusätzliche Anbindung der Caritas-Einrichtung im ehem. Pfarrheim über die Paul-Jülke-Straße entstünde weiterer Verkehr, der alternativ über eine andere Erschließung geleitet werden sollte.

Bürgermeister Bommers weist darauf hin, dass in der heutigen Sitzung lediglich ein Verweis der Anregung in den zuständigen Fachausschuss erfolge.

**3 Bürgeranregung nach § 24 Gemeindeordnung NRW: Herstellung eines verkehrsberuhigten Bereichs in Karl-Rüsing-Straße in Meerbusch-Osterath
Vorlage: FB5/1317/2021**

Beschluss:

Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss verweist den Antrag vom 03.03.2021 „Umwidmung der Karl-Rüsing-Straße in Meerbusch-Osterath in einen verkehrsberuhigten Bereich“ gemäß § 24 GO NRW an den zuständigen Ausschuss für Klima, Umwelt und Bau.

Ausschuss für Klima, Umwelt und Bau:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Bau beschließt den Antrag gemäß § 24 GO NRW vom 03.03.2021 „Umwidmung der Karl-Rüsing-Straße in Meerbusch-Osterath in einen verkehrsberuhigten Bereich“ abzulehnen. Die örtliche Straßenverkehrsbehörde wird in dem Bereich verdeckte Messungen durchführen, um das Fahrzeugaufkommen sowie die tatsächliche „V85“ festzustellen. Nach Abschluss der Messungen kann entschieden werden, welche Maßnahmen (Piktogramme 30 km/h, Rotmarkierung der Fahrradfurt, usw.) umgesetzt werden können.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Die Petentinnen der Anregung führen zu den Intentionen und Zielen des Antrages aus.

Die Karl-Rüsing-Straße erfahre in den vergangenen Jahren einen Generationswechsel, sodass inzwischen viele kleine Kinder in der Straße lebten. Zahlreiche Verkehrsteilnehmer hielten sich nicht an die geltenden Geschwindigkeitsbeschränkungen, sodass Gefährdungssituationen entstünden. Entsprechend seien weitere Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung notwendig.

Bürgermeister Bommers weist darauf hin, dass der Antrag im Ausschuss für Klima, Umwelt und Bau inhaltlich beraten und darüber entschieden werde, in der heutigen Sitzung erfolge lediglich ein Verweis.

**4 Verpflegungsbeiträge in den städtischen Kindertageseinrichtungen während eines eingeschränkten Pandemiebetriebes bzw. eingeschränkten Regelbetriebes
Vorlage: FB2/1325/2021**

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen, dass in den städtischen Kindertageseinrichtungen, während eines eingeschränkten Pandemiebetriebes bzw. eingeschränkten Regelbetriebes, ab dem Februar 2021 nur noch die tatsächlichen in Anspruch genommenen Verpflegungen in Rechnung gestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Erster Beigeordneter Maatz führt zu den Inhalten der Vorlage aus.

Ratsherr Jörgens erkundigt sich nach dem Abrechnungsaufwand für die Verwaltung.

Erster Beigeordneter Maatz erläutert hierzu, dass mit einer Spitzabrechnung zusätzlicher Aufwand entstünde, jedoch sei es nicht zuletzt aufgrund des Vertrauensverhältnisses zwischen Stadt und Elternschaft nicht mehr zu argumentieren, eine pauschale Abrechnung im Laufe der inzwischen über ein Jahr andauernden Pandemie fortzuführen.

5 1. Bericht zur Finanzsituation 2021 zum 31.03.2021 **Vorlage: SFI/0453/2021**

Kämmerer Volmerich führt zu den Inhalten der Informationsvorlage aus. Aufgrund des frühen Zeitpunktes im Jahr könnten verschiedene Schätzungen noch nicht eingepreist und berücksichtigt werden, ebenso seien einige Maßnahmen noch nicht begonnen. Insbesondere im Bereich der Gewerbesteuer seien pandemiebedingt umfängliche Einbußen zu verzeichnen. Beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer liege die erste Abschlagszahlung vergleichsweise gering unter dem Vorjahr, sodass nach derzeitiger Schätzung der Planansatz für 2021 erreicht werden könne.

Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes erkundigt sich nach der Höhe der coronabedingten Finanzschäden, der Veranschlagung der Gewerbesteuer sowie der Baupreisentwicklung.

Kämmerer Volmerich erläutert, dass die coronabedingten Finanzschäden im Finanzbericht nicht aufgeführt seien, da sie derzeit noch nicht quantifiziert werden könnten. Gemäß Planansatz werde derzeit von einem Finanzschaden in Höhe von 5 Mio. € ausgegangen, eine Schätzung könne derzeit aber noch nicht abgegeben werden. Die zum 31.03. veranschlagte Gewerbesteuer basiere auf einer Soll-Zahl zum Jahresende. In der Liste der Baumaßnahmen seien noch nicht begonnene Projekte daran zu erkennen, dass weder Kontierungen noch Vormerkungen veranschlagt seien.

Technischer Beigeordneter Assenmacher berichtet, dass Baupreise stark gestiegen und Ingenieurleistungen sehr nachgefragt seien.

Auf Nachfrage von Herrn Peters erläutern Kämmerer Volmerich und Technischer Beigeordneter Assenmacher, dass die Sanierung von Radwegen in einer Position zusammengefasst worden sei. Eine detailliertere Übersicht werde dem Protokoll des Mobilitätsausschusses beigelegt.

6 Sofortprogramm zur Stärkung unserer Innenstädte und Zentren - Antragstellung durch die Stadt Meerbusch **Vorlage: BM/0463/2021**

Bürgermeister Bommers führt zu den Inhalten der Vorlage aus. Aufgrund der Kurzfristigkeit der Antragstellung werde die Vorlage dem Ausschuss als Tischvorlage vorgelegt.

Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

7 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

8 Anfragen

Anfrage der SPD-Fraktion zum Thema KAG-Beiträge

Ratsfrau Niederdelmann-Siemes führt zu den Inhalten der Anfrage aus. Das Land biete Unterstützungsmöglichkeiten bei der Finanzierung von KAG-Maßnahmen. Die Anfrage beinhalte, inwiefern die Stadt hier die notwendigen Voraussetzungen erfülle, damit durch die Unterstützungsmöglichkeiten Entlastungen herbeigeführt werden könnten.

Technischer Beigeordneter Assenmacher nimmt zur Anfrage Stellung. Für die kommende Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Bau am 10.06.2021 soll eine Beschlussvorlage für eine Konzeptionierung eingebracht werden, sodass nach einem Beschluss entsprechende Förderanträge für eine Finanzierung von bis zu 50% der Aufwendungen durch das Land gestellt werden könnten.

9 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Ausschuss nimmt die Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

Weiterhin berichtet die Verwaltung:

Aktuelle Corona-Lage

Erster Beigeordneter Maatz führt zu aktuellen Entwicklungen rund um die Pandemie aus.

Seit dem 25.04.2021 gelte auch im Rhein-Kreis Neuss die bundesweite „Notbremse“ gemäß §28b des Infektionsschutzgesetzes. Dieses Gesetz lege nunmehr den Rahmen der Beschränkungen fest. Weitere Regelungen, die nicht im Gesetz erfasst seien, würden weiterhin durch die Coronaschutzverordnung festgelegt.

Die Kontrollen der Ausgangssperren in den Abend- und Nachtstunden seien bislang ohne festgestellte Verstöße durchgeführt worden. Im privaten Bereich würden wiederholt unzulässige Ansammlungen festgestellt. Im gewerblichen Bereich würden nur vereinzelte Verstöße festgestellt, hier läge der Fokus auf der Beratung und Informationsvermittlung.

Auf Nachfrage erläutert er, dass der Verwaltung keine Infektions-Hotspots bekannt seien. Dies würde federführend durch das Gesundheitsamt des Rhein-Kreises erfasst.

Ratsherr Peters regt an, die Informationen der Verwaltung auf der Homepage in verschiedenen Sprachen anzubieten. Hierzu weist Erster Beigeordneter Maatz darauf hin, dass das Team „Integration“ spezielle Flyer und Informationsangebote in verschiedenen Sprachen bereitstelle. Zudem würden die einschlägigen Informationen des Gesundheitsamtes auf den verlinkten Seiten des Rhein-Kreises mehrsprachig vorgehalten.

Weiteres Vorgehen Brandschutzbedarfsplan

Erster Beigeordneter Maatz führt zum beabsichtigten Projektablauf für die Erstellung des neuen Brandschutzbedarfsplanes aus. Eine Übersicht hierzu ist dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.

In der ersten Sitzung des Sonderausschusses „Zukunft der Feuerwehr“ nach der Sommerpause solle nach derzeitigen Planungen ein erster Entwurf vorgelegt werden. Danach hätten die Fraktionen Zeit zur mehrwöchigen Beratung, Ende September solle dann die weitere Beratung im Ausschuss erfolgen und ein Ratsbeschluss im Oktober gefasst werden.

Vor der Sommerpause sei noch eine Sitzung des Sonderausschusses geplant, die Terminierung erfolgt kurzfristig.

10 Termin der nächsten Sitzung: 24. Juni 2021

11 Verschiedenes

Schulentwicklung

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes regt an, dass der Ausschuss für Schule und Sport eine modernisierte Schule in Düsseldorf besichtigt, um Anregungen für weitere Maßnahmen im Zusammenhang zum Schulentwicklungskonzept zu erhalten.

Erster Beigeordneter Maatz erläutert, dass durch das mit der Entwicklung des Konzeptes beauftragte Büro im weiteren Verlauf auch Vorstellungen und Möglichkeiten für die künftige Gestaltung eingebracht würden. Die Fraktionen könnten Wünsche und Anregungen zu den Inhalten der nun zunächst anstehenden Machbarkeitsstudie einbringen. Ein Besuch bereits modernisierter Schulen in umliegenden Städten sei zu einem früheren Zeitpunkt bereits beabsichtigt worden, diese hätten pandemiebedingt jedoch noch nicht stattfinden können. Bei einer Besserung der Situation sei dies weiterhin beabsichtigt. Die Grundlagen für mögliche pädagogische Konzepte seien zunächst in der Machbarkeitsstudie darzustellen, zudem müssten Gesetzesentwürfe und Vorgaben, etwa beim angekündigten Rechtsanspruch für OGS-Plätze, berücksichtigt werden.

Programm „Extra-Zeit zu lernen“

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes erörtert, dass im Ausschuss für Schule und Sport berichtet worden sei, dass seitens der Schulen in der Vergangenheit nur ein geringes Interesse an den Angeboten des Programms angemeldet worden sei. Die Verwaltung habe zudem erläutert, dass private Angebote nur durch eine vorherige Ausschreibung einbezogen werden könnten. Nach vorliegenden Informationen könne dies jedoch auch durch eine beschränkte Ausschreibung geschehen.

Erster Beigeordneter Maatz berichtet, dass ein Antrag seitens der Verwaltung beim Land gestellt worden sei. Das Programm sei nach Aussage der zuständigen Bezirksregierung mehrfach überzeichnet, insofern sei noch nicht über die Gewährung von Fördermitteln entschieden worden. Die Nachfrage nach dem Programm sei in diesem Jahr erhöht, die Koordination der Angebote und Lernzeiten erfolge über die VHS. Nunmehr sei der Förderbescheid abzuwarten. Der Verwaltung vorliegende Angebote von privaten Sponsoren passten nach derzeitiger Sachlage nicht in die Kulisse.

Anmerkung vom 30.04.2021: *Inzwischen ist der Förderbescheid in Höhe von 102.000,- € zzgl. 20% Eigenanteil eingegangen. Die von den Schulen gemeldeten Bedarfe können somit abgedeckt und entsprechende Beauftragungen erteilt werden. Das weitere Vorgehen besteht darin, dass die VHS die Weiterbildungsbedarfe über private Träger sowie der Bildungsträger für den Offenen Ganztag (OBV) die seitens der Grundschulen angefragten Bedarfe koordiniert und anbietet.*

Weiterleitung von Offenen Briefen an Rats- und Ausschussmitglieder

Ratsfrau Niegeloh regt an, künftig bei einer Weiterleitung von Offenen Briefen, bei denen der genaue Bezug nicht unmittelbar erkennbar sei, eine entsprechende Information beigefügt werden solle.

Dies wird von der Verwaltung aufgenommen.

Sparkasse Strümp

Ratsherr Fliege berichtet, dass seit der Sprengung des Geldautomaten der Sparkasse in Strümp die dortige Immobilie nur provisorisch und wenig attraktiv gesichert worden sei. Inzwischen sei dies ein Schandfleck, der beseitigt werden sollte.

Bürgermeister Bommers berichtet, dass der Eigentümer des Gebäudes seit der Sprengung keine Bankfiliale mehr wünsche. Gespräche mit der Sparkasse hinsichtlich eines alternativen Standort seien gescheitert, daher werde es künftig in Strümp keinen Geldautomaten mehr geben. Ein Zugriff auf den Eigentümer der ehemaligen Filiale zur Verbesserung der Situation sei nicht möglich.

Meerbusch, den 6. Mai 2021

Christian Bommers
Bürgermeister

Patrick Wirtz
Schriftführer